

Einkommensverteilung in Deutschland



Bericht von Charlotte Bartels

Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013:
Erneut steigende Polarisierung seit der Wiedervereinigung 51

Interview mit Charlotte Bartels

»Spitzenverdiener in Deutschland hatten nach dem Zweiten
Weltkrieg keine Stunde null« 59

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Eine Koalition auf Kosten des Klimas 60



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
85. Jahrgang
16. Januar 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Stefan Liebig
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Mathilde Richter
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Rebecca Buhner
Claudia Cohnen-Beck
Dr. Daniel Kempfner
Sebastian Kollmann
Matthias Laugwitz
Markus Reiniger
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1978 – Westliche Industrieländer: Dollarkrise beeinträchtigt Wirtschaftswachstum

Die wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern hat sich 1977 stärker verlangsamt, als zu Beginn des vorigen Jahres prognostiziert worden war. Zwar dürfte das Wachstum des zusammengefassten realen Bruttosozialprodukts 1977 nur um einen halben Prozentpunkt unter dem zunächst vorausgeschätzten gelegen haben. Jedoch sind die Abweichungen für einzelne Länder sehr viel ausgeprägter. Zu diesen gehören nicht nur einige kleine Volkswirtschaften, sondern auch weltwirtschaftlich wichtige Länder. Von deren Expansion hatte man sich Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Problemländer erhofft, wo Inflationsbekämpfung und Zahlungsbilanzrückständen einer energischen Politik der inländischen Nachfragebelebung entgegenstanden.

Allein die USA enttäuschten nicht in der Rolle eines konjunkturellen Vorreiters. Zwar schwächte sich auch hier die Expansion im letzten Jahr erwartungsgemäß leicht ab. Das Wachstum war jedoch kräftiger als in den meisten anderen Volkswirtschaften und trug dazu bei, dass sich das internationale Konjunkturklima nicht noch mehr abkühlte. Das konjunkturelle Voraneilen war aber zugleich eine entscheidende Ursache des hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits, das ein während der Nachkriegszeit nicht erreichtes Ausmaß annahm. Wenn das Defizit auch durch die wachsende amerikanische Ölabhängigkeit mitbedingt ist, so wäre es doch ohne das Konjunkturgefälle zwischen den USA und der übrigen Welt erheblich geringer ausgefallen.

aus dem Wochenbericht Nr. 3+4 vom 19. Januar 1978

Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013: Erneut steigende Polarisierung seit der Wiedervereinigung

Von Charlotte Bartels

Erstmals in Deutschland wird die Einkommensverteilung über einen Zeitraum von rund 140 Jahren präsentiert. Über alle politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen des 20. Jahrhunderts hinweg hat sich vor allem der Einkommensanteil der Top-Zehn-Prozent wenig verändert: Auf Basis von Steuerdaten lag er sowohl 1913 als auch 2013 bei rund 40 Prozent des Volkseinkommens. Der Anteil des Top-Ein-Prozents war mit 13 Prozent im Jahr 2013 hingegen niedriger als vor 100 Jahren, als dessen Anteil noch 18 Prozent betrug. Beide Gruppen haben aber seit der Nachkriegszeit deutlich zulegen können. In den vergangenen Jahrzehnten hat vor allem die untere Hälfte der Bevölkerung verloren: Erhielt sie 1960 noch mehr als 30 Prozent des Volkseinkommens, waren es 2013 nur noch 17 Prozent (vor Steuern und staatlichen Transferleistungen). Während sich in den siebziger und achtziger Jahren vergleichsweise wenig in der Einkommensverteilung der alten Bundesrepublik änderte, steigt seit der Wiedervereinigung die Einkommenskonzentration in Deutschland.

Die Untersuchung der langfristigen Entwicklung der Ungleichheit anhand deutscher Einkommensteuerdaten hat eine lange Tradition. Insbesondere preußische und sächsische Steuerdaten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts sind international für ihre hohe Qualität bekannt. Der Teil der berühmten Kuznets-Kurve¹, wonach die Ungleichheit während der Industrialisierung zunächst steigt und danach fällt, basiert auf preußischen Einkommensteuerdaten. Die meisten deutschen Staaten führten schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts moderne Einkommensteuersysteme ein², während Frankreich, USA und Großbritannien erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgten. Einkommensteuerdaten aus Deutschland bieten also die einzigartige Möglichkeit, die Entwicklung der Ungleichheit in einem der reichsten Länder der Welt schon von der Industrialisierungsphase bis heute zu untersuchen.³

Die hier dargestellte Zeitreihe basiert auf der Verteilung von Einkommen vor Steuern und Transfers, die den Einkommensteuerstatistiken entnommen werden kann. Hierbei handelt es sich um die sogenannten Markt- oder Primäreinkommen, die aus Löhnen, Selbstständigeneinkommen und Unternehmensgewinnen sowie Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Vermietungseinkünften) bestehen. Diese Einkommen werden in Bezug gesetzt zum Einkommen der deutschen Bevölkerung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vor Steuern und

¹ Die nach dem Ökonomen Simon Kuznets benannte Kurve stellt den empirischen Zusammenhang zwischen Ungleichheit in der Einkommensverteilung und wirtschaftlicher Entwicklung dar.

² Im Großherzogtum Hessen wurde die Einkommensteuer im Jahr 1869 eingeführt, in Bremen 1864, in Sachsen 1874, in Hamburg 1881, in Baden 1884, in Württemberg 1905. Bayern führte sie erst 1912 ein. Preußen erhob schon seit 1851 eine Einkommensteuer für die Landbevölkerung, 1874 wurde sie auf die gesamte Bevölkerung mit Einkommen oberhalb eines Freibetrags ausgedehnt und 1891 modernisiert.

³ Die territorialen Veränderungen Deutschlands über diesen langen Zeitraum bringen allerdings auch mit sich, dass die Bevölkerung, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in Gebieten wohnen blieb, die ab da nicht mehr zu Deutschland gehörten, nicht in den Daten enthalten ist. Für die Zeit von 1949 bis 1989 ist die Bevölkerung der DDR nicht enthalten, was im Jahr 1950 ungefähr ein Fünftel der deutschen Bevölkerung betrifft.

Kasten 1

Einkommensdefinition und -berechnung der Anteile

Die Messung der Einkommensanteile einer bestimmten Gruppe erfolgt auf Basis von Steuerpflichtigen beziehungsweise Steuereinheiten. Das heißt, ein Haushalt mit einem verheirateten Paar wird wie eine Einheit behandelt, ein Haushalt mit einem unverheirateten Paar wie zwei Einheiten. Das Einkommenskonzept in den Einkommensteuerstatistiken ist der sogenannte Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 EStG), der sich wiederum aus der Summe der sieben einkommensteuerrechtlichen Einkunftsarten (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit, nichtselbständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Sonstiges) inklusive steuerlich relevanter Veräußerungsgewinne abzüglich einkunftsartenspezifischer Werbungskosten, Sparerfreibetrag und Verlusten zusammensetzt. Darüber hinaus werden Altersentlastungsbetrag und Entlastungsbetrag für Alleinerziehende abgezogen. Da weitere von der Steuer abzugsfähige Beträge, vor allem die Vorsorgeaufwendungen für Kranken- und Rentenversicherung, noch nicht abgezogen sind, ist der Gesamtbetrag der Einkünfte für die meisten Steuerhaushalte deutlich höher als das letztlich zu versteuernde Einkommen, auf das der Steuertarif angewendet wird.

Seit 1992 gibt es in Deutschland Mikrodaten in Form einer Vollerhebung aller deutschen Einkommensteuerzahler. Hier lässt sich der Einkommensanteil über eine einfache Auszählung ermitteln: Sortiert man die Steuerfälle aufsteigend nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte und aggregiert die Einkommenswerte beispielsweise für die reichsten 482 969 Steuerzahler, so beträgt ihr aggregiertes Einkommen im Jahr 2007 circa 201 Milliarden Euro (in Preisen von 2010). Ein Vergleich mit bevölkerungsrepräsentativen Daten ist aus zwei Gründen nicht trivial. Zum einen sind nicht alle Menschen in Deutschland steuerpflichtig. Man geht davon aus, dass rund zehn Millionen Steuereinheiten (getrennt und gemeinsam Veranlagte) keine Steuererklärung einreichen. Diese Bevölkerungsgruppe sowie ihre Einkommen fehlen in den Einkommensteuerdaten komplett. Weiterhin gilt, dass auch für Steuerfälle, die in der Vollerhebung enthalten sind, nicht alle Einkommen vollständig abgebildet sind. So fehlen die Kapitaleinkommen derjenigen Steuerfälle, deren Kapitaleinkommen unterhalb des Sparerfreibetrags liegen. Per Konstruktion bilden die Steuerdaten allein also nicht die Einkommenssituation der Gesamtbevölkerung ab. Will man über die Steuerdaten eine Aussage treffen wie „Das reichste Prozent der Bevölkerung in Deutschland hält X Prozent des Gesamteinkommens der privaten Haushalte“, braucht man zusätzliche Informationen: a) zum Anteil der Bevölkerung, der nicht in den Steuerdaten enthalten ist (in Deutschland leben circa 81 Millionen Menschen; die Einkommensteuerdaten zählen im Jahr 2007 38 Millionen Steuerpflichtige) und b) zur Höhe der nicht in den Steuerdaten enthaltenen Einkommen privater Haushalte. Die potentiell steuerpflichtige Bevölkerung wird approximiert über die Gesamtzahl der ver-

heirateten Paare und der Singles über 20 Jahre.¹ Im Jahr 2007 waren das circa 48,3 Millionen potentielle Steuerzahler – dies ist unsere Grundgesamtheit.² Der Einkommensanteil des reichsten Ein-Prozents im Jahr 2007 ergibt sich dann aus:

$$\text{(Aggregiertes Einkommen der Top 1 \% in Mikrodaten) / Volkseinkommen laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung} = (201 \text{ Milliarden Euro}) / (1432 \text{ Milliarden Euro}) \approx 14 \%$$

Aber um langfristige Zeitreihen seit Einführung der Einkommensteuer im 19. Jahrhundert zu konstruieren, muss auf Tabellen mit der Zahl der Steuerzahler in bestimmten Einkommensklassen und deren aggregierten Einkommen zurückgegriffen werden. Solche Tabellen wurden in Deutschland schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts von den Statistischen Ämtern der Länder publiziert. Unter der Annahme, dass die hohen Einkommen der Pareto-Verteilung folgen, lassen sich Pareto-Koeffizient, Einkommensgrenzen und schließlich der Einkommensanteil der reichsten Top-Zehn-Prozent bestimmen. Diese Methode, vorgeschlagen von Pareto (1896)³ und auch von Kuznets (1955)⁴ verwendet, wurde von Piketty (2003)⁵ wiederbelebt und weiterentwickelt. In der unter anderem von Piketty und Atkinson initiierten World Wealth and Income Database⁶ wurden Zeitreihen von über 30 Ländern zusammengetragen. Der Einkommensanteil des reichsten Ein-Prozents im Jahr 2007 ergibt sich dann aus:

$$\frac{a/(a-1) \times \text{Einkommensgrenze Top 1 \%} \times (\text{Zahl der Top 1 \%})}{\text{Gesamteinkommen}} = \frac{2,56 \times 161655 \times (482969)}{(1432 \text{ Milliarden Euro})} = 14 \%$$

Der aus tabulierten Einkommensteuerstatistiken mittels Pareto-Interpolation berechnete Einkommensanteil weicht nur im Nachkommastellenbereich von den auf Mikrodaten berechneten Einkommensanteilen ab.⁷

¹ Diese Altersgrenze wird von vielen Wissenschaftlern, die Zeitreihen für die World Wealth and Income Database berechnet haben, verwendet. Siehe dazu beispielsweise die Beiträge zu Deutschland, USA und Kanada in: Anthony B. Atkinson und Thomas Piketty (2007): Top incomes over the twentieth century. Oxford.

² Diese Werte können dem Statistischen Jahrbuch entnommen werden.

³ Vilfredo Pareto (1896): Cours d'économie politique. Lausanne.

⁴ Simon Smith Kuznets (1955): Economic Growth and Income Inequality. American Economic Review 45(1), 1-28.

⁵ Thomas Piketty (2003): Income inequality in France, 1901-1998. Journal of Political Economy 111(5), 1004-1042.

⁶ Die World Wealth and Income Database ist online verfügbar unter <http://wid.world>.

⁷ Charlotte Bartels und Katharina Jenderny (2015): The role of capital income for top income shares in Germany. World Top Incomes Database (WTID), Working Paper Nr. 1/2015.

Kasten 2

Die Effekte von Steuerreformen

Um die Daten aus den Einkommensteuersystemen über längere Zeitreihen vergleichbar zu machen, muss auch die Einführung von steuerlichen Reformen berücksichtigt werden. Vor dem Ersten Weltkrieg müssen die Einkommen von Kapitalgesellschaften aus den Einkommensteuerstatistiken herausgerechnet werden, da diese in einigen deutschen Staaten gemeinsam mit natürlichen Personen in der Einkommensteuer erfasst wurden. Die deutschlandweite Einführung der Körperschaftsteuer ab 1920 bot einen Anreiz, Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, wodurch die Unternehmensgewinne auf Basis der hier verwendeten Daten der persönlichen Einkommensteuerstatistik zu einem gewissen Grad unterschätzt werden.

Auch die jüngeren Unternehmenssteuerreformen haben die Anreize zur Inkorporation sowie zur Gewinnthesaurierung verändert. Hierzu zählt insbesondere die Einführung des Halbeinkünfteverfahrens 2001/02 und der Abgeltungsteuer 2009.¹ Die Effekte

¹ Für Details zur Kapitaleinkommensimputation nach 2009 siehe Charlotte Bartels und Katharina Jenderny (2015): The role of capital income for top income shares in Germany. World Top Incomes Database (WTID), Working Paper Nr. 1/2015.

dieser beiden Reformen wurden in dieser Studie berücksichtigt. So ist nach Einführung des Halbeinkünfteverfahrens ab 2002 nur noch die Hälfte der Dividenden in den Einkommensteuerdaten sichtbar. Da sich die Höhe des Anteils (circa 38 Prozent) aus den Steuergesetzen ergibt, kann auf die zugrundeliegende Basis (100 Prozent) geschlossen werden. Verwendet man den vollen Dividendenbetrag für die Berechnung der Einkommensanteile, fällt ein konjunkturell bedingter Rückgang deutlich geringer aus. Seit Einführung der Abgeltungsteuer im Jahr 2009 wird die Steuerpflicht auf Dividenden und Zinsen direkt an der Quelle abgeführt. Diese Kapitaleinkommen müssen nicht mehr in der Einkommensteuererklärung deklariert werden. Einen Anreiz, diese Kapitaleinkommen anzugeben, haben Steuerhaushalte, deren Steuersatz unter dem Satz der Abgeltungsteuer von 25 Prozent liegt. Da die Einkommen der Hocheinkommenshaushalte in Deutschland hauptsächlich aus Gewerbeeinkommen bestehen und nur zu circa zehn bis 20 Prozent aus Dividenden und Zinsen und aufgrund der hohen Gewerbeeinkommen ein hoher Einkommensteuersatz anfällt, haben insbesondere diese Haushalte keinen Anreiz, ihre Kapitaleinkommen in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Um diese Verzerrung zu korrigieren, werden externe Informationen über die Entwicklung der Kapitaleinkommen herangezogen.

Transfers. Haushalte, die nur Transfereinkommen beziehen, gehen mit Nulleinkommen ein (Kasten 1).

Die beeindruckende Länge der deutschen Zeitreihe bringt allerdings auch drei Nachteile: Erstens werden jeweils unterschiedliche geographische Gebiete von der Zeitreihe abgedeckt. Die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts, die deutsche Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg und die Wiedervereinigung im Jahr 1990 liefern dem Wissenschaftler Einkommensteuersysteme, die jeweils für unterschiedlich große Gebiete und Populationen gelten. Zweitens waren bis zum Zweiten Weltkrieg nur Spitzenverdiener einkommensteuerpflichtig und somit von den Einkommensteuerstatistiken abgebildet. Eine Aussage über die Einkommensanteile der unteren 50 Prozent ist daher erst ab der Nachkriegszeit möglich. Drittens ist für die Arbeit mit administrativen Daten die umfangreiche Kenntnis von Reformen während des Untersuchungszeitraums notwendig, um die Daten durch Korrekturen vergleichbar zu machen (Kasten 2).

Der vorliegende Wochenbericht basiert in Auszügen auf dem Diskussionspapier 2017/18 „Top incomes in Germany, 1871–2013“ der World Wealth and Income Data-

base und bildet die Grundlage für das Deutschland-Kapitel des World Inequality Report 2018.⁴

Industrialisierung bringt steigende Einkommenskonzentration

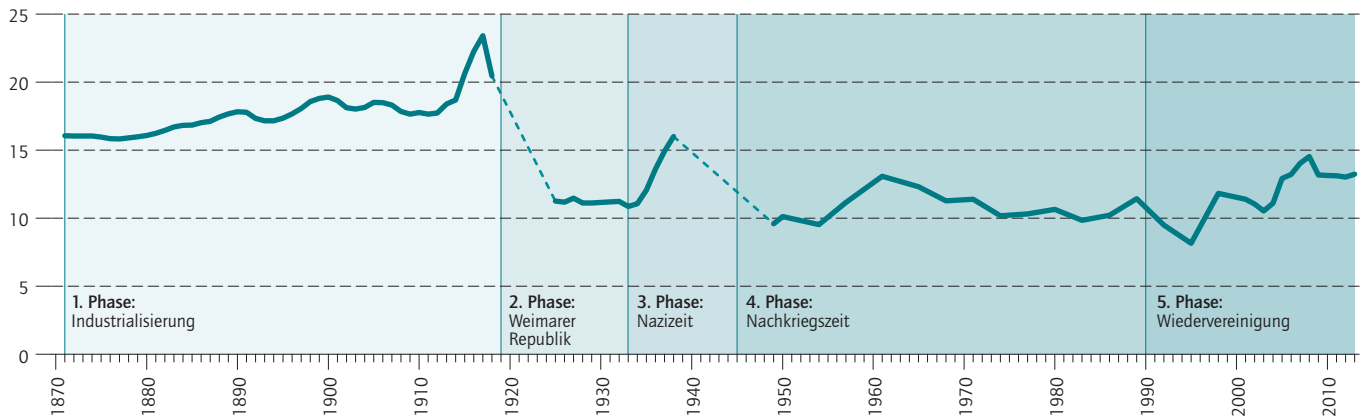
Der Zeitraum von 1871 bis 2013 kann in fünf Perioden eingeteilt werden, die sich anhand der Entwicklung des Einkommensanteils des Top-Ein-Prozents von 1871 bis 2013 nachvollziehen lassen (Abbildung 1). Die erste Periode beginnt mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 und endet mit dem Ersten Weltkrieg. Das Top-Perzentil profitierte in dieser Zeit von der Industrialisierung. Ihr Einkommensanteil stieg von 16 Prozent im Jahr 1871 auf 18 Prozent im Jahr 1913 und dann auf 23 Prozent während des Ersten Weltkriegs. Der steile Anstieg direkt vor und während des Kriegs war vor allem das Ergebnis von hohen Profiten aus den staatlichen Rüstungsausgaben. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs schrumpften diese Profite, was den Anteil des Top-Perzentils auf 20 Prozent reduzierte.

⁴ Charlotte Bartels (2017): Top incomes in Germany, 1871–2013. Diskussionspapier 2017/18, World Wealth and Income Database (wid.world) (online verfügbar, abgerufen am 3. Januar 2018. Dies gilt für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt) sowie World Inequality Report 2018 (online verfügbar).

Abbildung 1

Das Top-Ein-Prozent in Deutschland von 1871 bis 2013

Anteil am Volkseinkommen in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die Spitzeneinkommen sind seit der Nachkriegszeit um 30 Prozent gestiegen.

Ungleichheitsreduzierende Politik in der Weimarer Republik

Die zweite Periode umfasst die Jahre der Weimarer Republik (1918 bis 1933). In den 1920er Jahren wurde eine Vielzahl von ungleichheitsreduzierenden Politikmaßnahmen umgesetzt. Beispiele sind die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von rund fünf Prozent (in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg) auf 60 Prozent in der 1920 neu eingeführten deutschlandweiten Einkommensteuer, die Einführung der Arbeitslosenversicherung, des kollektiven Arbeitsrechts, der Arbeitszeitverordnung, des Kündigungsschutzes sowie der Arbeitsgerichtsbarkeit. Der gewachsene Einfluss der Gewerkschaften und die Einführung kollektiver Lohnverhandlungen trugen zu beträchtlichen Lohnerhöhungen bei, was wiederum zu niedriger Ungleichheit der Arbeitseinkommen führte. Die Hyperinflation vernichtete den Wert von Geldanlagen und damit einen großen Teil der Kapitaleinkommen, stärkte aber die Beschäftigung und die Lohneinkommen. Darüber hinaus fuhren die Industrieunternehmen in den 1920er Jahren, wenn überhaupt, nur schmale Gewinne ein und zahlten kaum Dividenden. Somit fiel der Einkommensanteil des Top-Ein-Prozents von 20 Prozent im Jahr 1918 auf elf Prozent 1925 und blieb auf diesem Niveau bis 1933. Die Weltwirtschaftskrise ab 1930 hatte erstaunlicherweise keine weitere Reduktion der Spitzeneinkommen zur Folge.

Explodierende Spitzeneinkommen im Nationalsozialismus

Die dritte Periode beginnt mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 und endet 1938 kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. In den folgenden Jahren veröffentlichte das Statistische Reichsamt keine Einkommensteuerstatistiken mehr, so dass die Veränderung der Einkommensverteilung während des Zweiten Weltkrieges von 1939 bis 1945 nicht auf Basis amtlicher Quellen rekonstruiert werden kann. In den ersten Jahren unter Hitler stiegen die Spitzeneinkommen rasant an. Der Anteil des obersten Perzentils wuchs von elf Prozent im Jahr 1933 auf 17 Prozent im Jahr 1938, was kaum zur anfänglichen Anti-Kapitalismus-Propaganda der Nationalsozialisten passt.

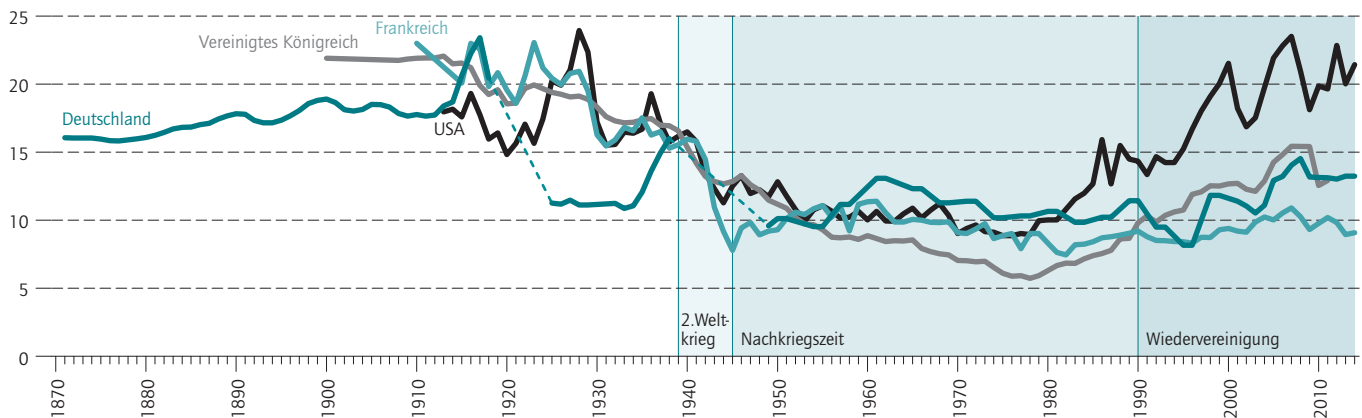
Der wirtschaftliche Aufschwung nach der großen Depression begann in Deutschland 1932 wie in den meisten reichen Ländern zu der Zeit. Die Gewinne der Industrieunternehmen stiegen zwischen 1933 und 1939 rasch an. Größere Firmen mit besonders engen Beziehungen zu den Nationalsozialisten profitierten nachweislich besonders stark vom Aufschwung⁵, der auch durch Infra-

⁵ Vgl. Thomas Ferguson und Hans-Joachim Voth (2008): Betting on Hitler – the value of political connections in Nazi Germany. The Quarterly Journal of Economics 123 (1), 101–137.

Abbildung 2

Das Top-Ein-Prozent im internationalen Vergleich

Anteil am Volkseinkommen in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

In den USA ist der Einkommensanteil der Superreichen deutlich höher.

strukturprojekte, massive Aufrüstung sowie die hohe, teilweise versteckte Verschuldung und Lohn- und Preisregulierungen verstärkt wurde. Dies trug vermutlich zu einer noch höheren Einkommenskonzentration bei. Die Industriekapazität wuchs auch während des Krieges weiter und lag 1944 ein Drittel über dem Niveau von 1936.⁶

Stabil hohe Einkommenskonzentration in der Nachkriegszeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag der deutsche Kapitalstock unter dem Wert des Vorkriegsniveaus. Die Zerstörungen betrafen allerdings hauptsächlich Wohngebäude in Städten sowie die Infrastruktur wie Eisenbahnnetze und elektrische Versorgung. Die rasanten Wachstumsraten in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders erklären sich aus dem negativen Schock dieser Infrastrukturzerstörungen. Sobald die Infrastruktur wiederhergestellt war, konnte sich die Wirtschaft schnell von einem niedrigen Niveau ausgehend erholen.⁷ Kollektive Lohnverhandlungen und Mitbestimmung – beides Errungenschaften der Weimarer Republik – wur-

den rasch wieder eingeführt. Dennoch zog die Einkommenskonzentration beim obersten Perzentil schnell wieder an und blieb in der Nachkriegszeit auf einem vergleichsweise hohen Niveau, während die Lohnverteilung relativ gleichmäßig blieb.

Von Mitte der 1950er bis in die 1980er Jahre schwankte der Einkommensanteil des obersten Perzentils zwischen elf und 13 Prozent und war damit höher als der entsprechende Anteil der gleichen Gruppe in den USA, Großbritannien und Frankreich zu dieser Zeit (Abbildung 2). Das ist überraschend, da die Verwerfungen und Zerstörungen des Krieges und die relativ ausgeprägte Regulierung diverser Märkte nach dem Krieg üblicherweise als ausgleichende Kräfte gesehen werden – sowohl in Deutschland als auch in den anderen kriegsbeteiligten Ländern.

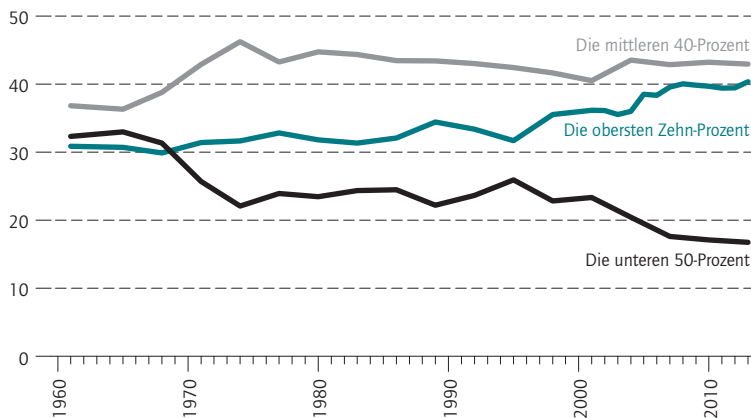
Die in den Westzonen eingeführte Währungsreform 1948 vernichtete Kapitaleinkommen aus Geldanlagen zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert. Sparanlagen wurden auf ein Zehntel ihres vorherigen Wertes reduziert, während Unternehmensvermögen und Immobilien nahezu unberührt blieben. Allerdings gab es mit dem Lastenausgleich eine spürbare Vermögensabgabe sowie hohe Vermögens- und Unternehmenssteuern. Aufgrund der Kriegsschäden sowie der hohen Zahl Vertriebener herrschte Wohnungsnot, weshalb die Mieten in der Nachkriegszeit stark reguliert wurden. In den

⁶ Barry Eichengreen und Albrecht Ritschl (2009): Understanding West-German economic growth in the 1950s, *Cliometrica* 3, 191–219.

⁷ Die Autoren betonen zudem die institutionelle Stabilität, die sie als weiteren zentralen Faktor für das schnelle Wachstum sehen, vgl. Eichengreen, Ritschl (2009), a. a. O.

Abbildung 3

Anteile der Einkommensgruppen am Volkseinkommen In Prozent



Anmerkung: In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung vor Steuern und Transfers werden sich auch immer mehr Rentner finden, da Renten zunehmend der Einkommensbesteuerung unterliegen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die Schere geht weiter auf.

Wirtschaftswunderjahren waren starkes Wirtschaftswachstum und große Nachfrage nach Arbeitskräften begleitet von wachsendem Einfluss der Gewerkschaften, niedriger Arbeitslosigkeit und einer verhältnismäßig gleichmäßigen Lohnverteilung. Die untere Hälfte der Einkommensverteilung erhielt ungefähr ein Drittel des Gesamteinkommens (Abbildung 3). Gleichzeitig konnten Unternehmenseigner hohe Gewinne realisieren, weshalb die Spitze der Einkommensverteilung überproportional profitieren konnte. Mit den Ölkrisen und der steigenden Arbeitslosigkeit in den frühen 1970er Jahren fiel der Einkommensanteil der unteren Hälfte auf ein Fünftel des Gesamteinkommens. Parallel stieg der Anteil der mittleren 40 Prozent, die Anfang der 1970er Jahre mehr als 40 Prozent des Gesamteinkommens erhielten. Hochqualifizierte Angestellte und Manager drangen erst ab den 1980er Jahren in die Spitze der Einkommensverteilung vor.

Steigende Polarisierung im wiedervereinigten Deutschland

Die fünfte und derzeit letzte Periode umfasst den Zeitraum des wiedervereinigten Deutschlands. Seit dem Jahr 1992 sind die neuen Bundesländer in den Einkommensteuerstatistiken enthalten. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wuchs die Wirtschaft noch außergewöhnlich stark. Aber wenig später kollabierten Produktion und Beschäftigung in den neuen Bundes-

ländern. Diejenigen, die ihre Jobs behielten, profitierten von starken Lohnerhöhungen. Zugleich erreichten nur sehr wenige Ostdeutsche das oberste Einkommensperzentil. In der gesamtdeutschen Verteilung fiel daher der Anteil des obersten Perzentils zunächst drastisch, während die untere Hälfte Einkommenszuwächse verzeichnen konnte. Um das Jahr 2000 wendete sich allerdings das Blatt und der Anteil der unteren Hälfte sank von 22 Prozent im Jahr 2001 auf 17 Prozent im Jahr 2013. Dies steht im Kontrast zur positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts seit dem Jahr 2005, wodurch viele Arbeitslose wieder ein Arbeitseinkommen erwirtschaften konnten. Gleichzeitig wuchs aber auch der Niedriglohnsektor überdurchschnittlich. Insgesamt stiegen die Einkommen der oberen Hälfte der Einkommensverteilung zwischen 2010 und 2013 deutlich stärker als die der unteren Hälfte.

Spitzeneinkommen von 1945 bis 2013

Die Top-Zehn-Prozent steigerten ihren Einkommensanteil ziemlich kontinuierlich von der Nachkriegszeit bis heute. Hochqualifizierte Angestellte wie Manager, aber auch Selbstständige wie Anwälte und Ärzte profitierten von hohen Einkommenszuwächsen und stießen zunehmend in die Spitzeneinkommensgruppen vor. Die wirklich hohen Spitzeneinkommen bleiben allerdings bis heute den Unternehmenseignern vorbehalten, deren Einkommen mit dem Konjunkturzyklus schwanken. Festzustellen ist, dass die steigende Bedeutung von Exporten am Bruttoinlandsprodukt sowie das zunehmende Gewicht von Kapitaleinkommen gegenüber Lohnneinkommen stark mit dem Anstieg des Einkommensanteils des Top-Ein-Prozents korrelieren (Abbildung 4). Gesamtwirtschaftlich haben die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland seit den 1970ern deutlich an Bedeutung gegenüber den Lohnneinkommen gewonnen. Deren Anteil am Volkseinkommen ist von ungefähr 33 Prozent in den 1970ern auf 40 Prozent gestiegen.⁸

Trotz der Krise nach der Wiedervereinigung und der weltweiten Wirtschaftskrise im Jahr 2009 stieg der Einkommensanteil des obersten Perzentils deutlich. Der Anteil dieser Gruppe wuchs zwischen 1983 und 2013 um gut ein Drittel, während der Anteil der unteren 90 Prozent um zehn Prozent zurückging (Abbildung 5)

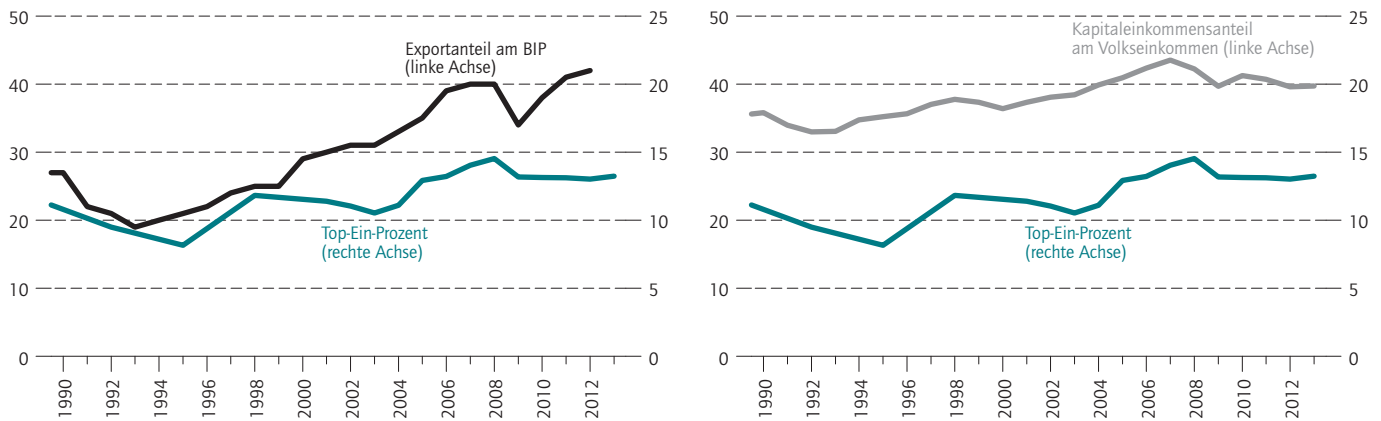
Diese Polarisierung wird durch staatliche Transferleistungen und das progressive Steuersystem zwar teilweise ausgeglichen. Jedoch haben die Steuerreformen der vergangenen 20 Jahre die Umverteilungswirkung des Steuersystems reduziert. Haushalte mit hohen Ein-

⁸ Erik Bengtsson und Daniel Waldenström (2017): Capital shares and income inequality: Evidence from the long run, *Journal of Economic History*, (im Erscheinen).

Abbildung 4

Exporte, Kapital und das Top-Ein-Prozent

Anteile in Prozent



Quellen: Erik Bengtsson und Daniel Waldenström (2017), *Capital shares and income inequality: Evidence from the long run*, *Journal of Economic History*, im Erscheinen; Bundeszentrale für politische Bildung; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Exporte und Kapitaleinkommen korrelieren stark mit dem wachsenden Anteil des Top-Ein-Prozents.

kommen und Vermögen wurden entlastet durch niedrigere Einkommensteuer-Spitzensätze, Unternehmens- und Kapitaleinkommensteuern sowie Vermögensteuern.⁹ Geringe und mittlere Einkommen sind dagegen durch Erhöhungen der indirekten Steuern belastet worden, insbesondere bei Mehrwertsteuer und Energiesteuern. Vermutlich wird die Einkommenskonzentration in Deutschland sogar noch unterschätzt, da Unternehmen zunehmend ihre Gewinne einbehalten und somit in den vergangenen Jahren vom Kreditnehmer zum Kreditgeber gegenüber den anderen Sektoren der Volkswirtschaft (private Haushalte, Staat, Rest der Welt) geworden sind (Abbildung 6). Der Einkommensanteil des obersten Perzentils in Deutschland ist heute ähnlich hoch wie in Großbritannien. Zwar ist deren Anteil in Deutschland zurzeit niedriger als in den USA, aber auch deutlich höher als im Nachbarland Frankreich.

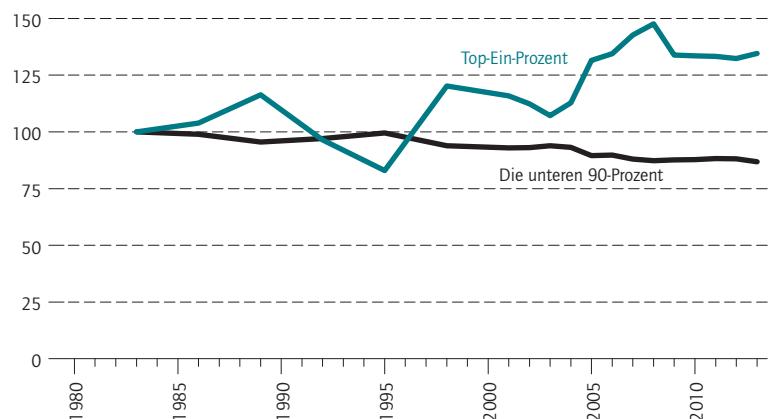
Fazit: Die Schere zwischen der oberen und unteren Hälfte der Einkommen öffnet sich

Die Entwicklung der Spitzeneinkommen in Deutschland über die vergangenen 140 Jahre ist angesichts des turbulenten 20. Jahrhunderts auf den ersten Blick überraschend stabil geblieben. Das oberste Dezil erwirtschaftete 1913 sowie 2013 einen Einkommensanteil von

Abbildung 5

Entwicklung der Einkommensverteilung seit 1983

In Prozent, indexiert 1983



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

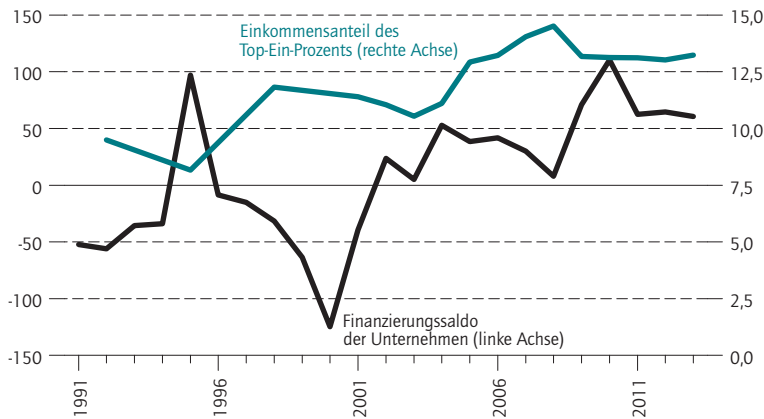
Die Polarisierung hat vor allem zwischen 2003 und 2008 zugenommen.

⁹ Stefan Bach, Martin Beznoska und Viktor Steiner (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems. DIW Politikberatung kompakt Nr. 114, 66 f. (online verfügbar).

Abbildung 6

Finanzierungssaldo des Unternehmenssektors gegenüber anderen Sektoren (private Haushalte, Staat, Rest der Welt)

In Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die Unternehmen haben seit 2002 viele Gewinne einbehalten, die sich noch nicht im Einkommensanteil des obersten Ein-Prozents wiederfinden.

40 Prozent des Volkseinkommens. Allerdings gab es zwischenzeitlich starke Schwankungen: Die oberen Zehn-Prozent konnten ihren Einkommensanteil während des Ersten Weltkriegs enorm steigern, verloren

Charlotte Bartels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | cbartels@diw.de

JEL: D31, I31, I32

Keywords: top incomes, inequality, concentration, income tax records

aber nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Seit den 1950er Jahren legte das oberste Dezil recht stetig von 30 auf heute 40 Prozent zu. Der Anteil des obersten Perzentils sank dagegen im Jahrhundertvergleich leicht, ist heute aber ebenfalls höher als in den 1950er Jahren. Während die Einkommensgruppe vom fünften bis zum neunten Dezil, die nicht identisch ist mit der sogenannten Mittelschicht ist, seit den 1960er Jahren einen stabilen Anteil am Volkseinkommen von knapp über 40 Prozent bezieht, ist der Anteil der unteren Hälfte zu Beginn der 1970er und seit der Jahrtausendwende von mehr als 30 Prozent auf nun 17 Prozent gefallen. Trotz dieser anhaltenden Einkommenskonzentration ist der Lebensstandard heute auch für die untere Hälfte der Bevölkerung deutlich höher als 1913, was auch an den sozialen Transferleistungen liegt. Die verfügbaren Einkommen sind durch die Errungenschaften der sozialen Sicherung und Umverteilung gleichmäßiger verteilt. Die dieser Studie zugrundeliegenden Daten erlauben jedoch keine Aussage, wie sehr die Niedrigverdiener nach ergänzenden staatlichen Transfers besser gestellt werden im Vergleich zu der besser verdienenden Hälfte der deutschen Bevölkerung. Vermutlich reichen aber die nur mäßig steigenden ALGII-Sätze nicht aus, diese Spreizung zu nivellieren.

Wenn man politische Maßnahmen gegen eine zunehmende Polarisierung der Markteinkommen in Deutschland ergreifen will, müsste man die Teilhabe unterer Einkommensgruppen an der Unternehmensrendite verbessern.



Dr. Charlotte Bartels, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

INTERVIEW MIT CHARLOTTE BARTELS

»Spitzenverdiener in Deutschland hatten nach dem Zweiten Weltkrieg keine Stunde null«

1. Frau Bartels, Sie haben die Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013 untersucht. Auf welche Daten konnten Sie dabei zurückgreifen? Die einzige Möglichkeit, einen so langen Zeitraum zu untersuchen, ist die Auswertung von Einkommensteuerdaten, die seit dem 19. Jahrhundert mit der Einführung der Einkommensteuer in den deutschen Ländern zur Verfügung stehen.
2. Wie sieht das für die Zeit der beiden Weltkriege aus? Für den Ersten Weltkrieg haben wir über den gesamten Kriegszeitraum Daten. Sie zeigen einen enormen Zuwachs der Einkommen von Spitzenverdienern bis 1918. Für den Zweiten Weltkrieg haben wir leider keine Statistiken. Die Behörden haben schon 1938 aufgehört, Einkommensteuerstatistiken zu publizieren und erst 1949 wieder damit angefangen.
3. Was ist das wesentliche Ergebnis? Waren die Einkommen damals grundlegend anders verteilt als heute? Die Steuerdaten ermöglichen mir nur, den oberen Rand der Einkommensverteilung anzuschauen. Über die Verteilung für die unteren fast 90 Prozent der Bevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg oder die untere Hälfte nach dem Zweiten Weltkrieg kann ich nichts sagen, weil immer nur ein Teil der Bevölkerung einkommenssteuerpflichtig war. Aber ich kann sehen, dass Unternehmenseinkommen immer zentral waren, um wirklich hohe Einkommen in Deutschland zu verdienen und dass überraschenderweise der Anteil dieser Spitzenverdiener recht stabil geblieben ist, wenn man ihn vor Steuern und Transfers betrachtet.
4. Was ist für Sie das überraschendste Ergebnis ihrer Untersuchung? Überrascht hat mich, dass der Anteil der Top-Zehn-Prozent oder Top-0,01-Prozent der Bevölkerung sich nicht stark verändert hat. Andererseits gibt es natürlich über die unterschiedlichen Perioden hinweg sehr starke Schwankungen. Zum Beispiel sind in der Weimarer Republik die Spitzeneinkommen extrem eingebrochen und dann unter der Naziregierung wieder explodiert.

Scheinbar wirkte die Weimarer Republik stark umverteilend und Hitler sehr positiv für Unternehmer. Überraschend fand ich auch, dass wir in der Nachkriegszeit in Deutschland eine sehr hohe Einkommenskonzentration am oberen Rand hatten. Allgemein wird oft geglaubt, dass das eine Zeit der relativen Gleichheit von Einkommen war und dass es in Deutschland so etwas wie eine Stunde null gegeben hätte. Aber die Daten zeigen für den obersten Rand der Verteilung genau das Gegenteil.

5. Wie haben sich die Einkommen nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entwickelt? Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg verzeichnete die untere Hälfte der Bevölkerung einen starken Zuwachs der Einkommensanteile und hatte ungefähr ein Drittel des Volkseinkommens. Das ist aber schrittweise auf heute 17 Prozent gesunken. Nach der deutschen Wiedervereinigung ist die Schere weiter auseinander gegangen. Insbesondere die Spitzenverdiener, die hauptsächlich in Westdeutschland leben, haben mit ihrem Einkommensanteil seit Mitte der 1990er Jahre bis heute deutlich zugelegt.
6. Was lässt sich aus Ihren Ergebnissen für die zukünftige Entwicklung der Lohnverteilung schließen? Wir sehen in Deutschland schon seit den 1970er Jahren, dass Unternehmens- und Vermögenseinkommen gegenüber Lohnverteilung gesamtwirtschaftlich an Bedeutung gewonnen haben. Wir wissen auch, dass Unternehmens- und Vermögenseinkommen denjenigen am oberen Rand der Verteilung zufließen. Daher kann man spekulieren, dass wir eine zunehmende Spreizung zu erwarten haben, wenn wir nicht politisch auf irgendeine Art und Weise dagegen vorgehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Eine Koalition auf Kosten des Klimas

Für das Klima in Deutschland war es eine turbulente Woche. Zuerst sickerte bei den Sondierungsgesprächen durch, man werde sich vom Klimaziel 2020 verabschieden. Nun haben sich die Parteien für eine etwas vage Formulierung entschieden. Die Lücke zum Klimaziel für 2020 solle soweit wie möglich geschlossen werden. Damit räumen sie indirekt ein, dass eine Reduzierung der Emissionen um 40 Prozent bis dahin nicht mehr zu erreichen ist. Was für ein Desaster und vor allem ein Armutszeugnis für die neue alte große Koalition, die viele Jahre Gelegenheit hatte, alles in die Wege zu leiten, um langfristig die Emissionen zu senken. Es gab Zeit genug, den Kohleausstieg vorzubereiten, die Gebäudedämmung stärker zu fördern und die Verkehrswende einzuführen, indem der Elektromobilität vor dem Diesel der Vorzug gegeben wird.

Nun ist die Konsequenz dieser zögerlichen Politik, dass der Kohle-, Öl- und Dieselanteil viel zu hoch ist und die Emissionen steigen statt zu sinken. Wenn jetzt auch das Emissionsziel aufgeweicht wird, ist dies eine Bankrotterklärung und kontraproduktiv für Umwelt und Klima. Die Klimaziele wären durchaus noch zu erreichen, wenn man die alten und ineffizienten Kohlekraftwerke sofort vom Netz nehmen würde, die Weichen für den Kohleausstieg stellt und eine Verkehrswende einleitet. Man hat schon viel zu viel Zeit verloren und unliebsame Entscheidungen verschoben. Offensichtlich ist dies nun wieder der Fall. Aber zumindest haben die Koalitionsparteien vereinbart, bis Ende des Jahres einen Zeitplan für den Kohleausstieg vorzulegen

Doch die Hinhaltetaktik hat nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Konsequenzen. Denn je länger man wartet, desto teurer wird die Energiewende: Wenn notwendige Investitionen in erneuerbare Energien, in Elektromobilität und Klimaschutztechnologien verschoben werden, gefährdet dies Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Auch wenn es zunächst paradox klingt: Die Arbeitsplätze in der Kohleindustrie werden durch die Verschiebung des Klimaziels ebenfalls aufs Spiel gesetzt. Der Strukturwandel muss klug und konsistent begleitet werden, um den Beschäftigten verlässliche Perspektiven zu bieten. Ein Hinhalten bedeutet Unsicherheit und führt irgendwann zu einem abrupten und schlecht vorbereiteten Wechsel, der ineffizient ist und die Arbeitsplätze gefährdet.

Schon heute zahlt der Stromkunde für die vermurkste Energiewende und das Versäumnis, den Kohleausstieg rechtzeitig und konsequent eingeleitet zu haben. Der Strom ist in erster Linie teuer, weil aufgrund der politischen Zögerlichkeit weiterhin zwei Systeme parallel existieren: Der hohe Kohleanteil führt zu massiven Stromangebotsüberschüssen, lässt die Strombörsenpreise fallen und erhöht so künstlich die EEG-Umlage. Zudem steigen die Netzkosten aufgrund von Netzengpässen und hohen Renditen für die Netzbetreiber. Außerdem zahlt der Stromkunde noch „Abwrackprämien“ für alte Kohlekraftwerke, die sowieso früher oder später vom Netz gehen werden. Die Deckelung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist zum jetzigen Zeitpunkt unsinnig, da die erneuerbaren Energien immer billiger werden und die Kosten für Stromverbraucher immer geringer.

Statt die erneuerbaren Energien weiter klein zu halten, sollten Anreize für den Zubau lastnaher und dezentraler Produktion samt optimiertem Lastmanagement und dezentraler Smart Grids und Speicher geschaffen werden. Zudem muss der Kohleausstieg heute eingeleitet und bis 2030 abgeschlossen sein. Energiesparmaßnahmen im Gebäudereich sollten forciert und die nachhaltige Verkehrswende inklusive Elektromobilitätsquote eingeführt werden. Nur dann hätten unser Klima und Deutschland als Wirtschaftsstandort eine nachhaltige Chance.